

Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen

Kurzbericht vom Aktiventreffen am 9. Juni 2008, 18.00 – 20.15 Uhr mit Berlins Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz Katrin Lompscher

Die Veranstaltung fand im Rahmen der Reihe „Senatorinnen und Senatoren nachgefragt zur Frauen- und Genderpolitik in Berlin“ statt. Grundlage der Diskussion waren die umfangreichen und vorher in der Einladung veröffentlichten Fragenkomplexe zu Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz .

Die Moderatorin der Veranstaltung, Frau Elke Herer, Ehrenmitglied der Überparteilichen Fraueninitiative, begrüßte die Versammlung und stellte die Senatorin und die umfangreichen Arbeitsgebiete ihrer Senatsverwaltung vor.

In einer kurzen Einführung betonte die Senatorin Lompscher, dass der durch den Senat beschlossene **Gendercheck** ein Hauptinstrument zur Durchsetzung von frauenspezifischen Belangen sei.

Gesundheitspolitik

Schwerpunkt in ihrem Verantwortungsbereich als Senatorin sei in diesem Jahr die Gesundheitspolitik. Auf der Internetseite der Senatsverwaltung Gesundheit gebe es dazu inzwischen einen Link zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm der Senats-Frauenverwaltung. Dieses Programm, das bekanntlich vorsieht, dass alle Senatsverwaltungen Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe betreiben, hat vier Politikfelder als gegenwärtige Schwerpunkte. Eines davon ist die Gesundheitspolitik. Dazu seien für ihre Verwaltung besonders wichtig die Nutzung der Erfahrungen und die Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Frauengesundheit.

Gesundheitsförderung, Prävention und Einbeziehung von Migrantinnen

Ein Schwerpunkt ihrer Gesundheitspolitik sei der Bereich Gesundheitsförderung und Prävention, ein weiterer, auch und gerade Migrantinnen in Gesundheitsförderung und Prävention einzubeziehen. Dieser Aufgabe widmeten sich u.a. verschiedene in regionalen Knoten gelegene Zentren, in denen Dolmetscher bzw. Migrantinnen selbst als Mittlerinnen eingesetzt seien . Positiv wirke sich dabei auch aus, dass es ihrer Verwaltung gelang, den Gemeindedolmetscherdienst finanziell abzusichern.

Im Hinblick auf die Einbeziehung von Migrantinnen sei ferner wichtig das „Zentrum für Familienplanung Balance“, das bei Sexualkunde nicht nur darauf setze, dass sie geschlechtersensibel sei, sondern auch die kulturellen Hintergründe einbeziehe. Das Projekt Balance habe u.a. auch die Aufgabe, sich mit den Problemen der Genitalverstümmelung zu befassen. Schließlich sollen Migration und Gesundheit auch einer der beiden Schwerpunkte auf der Landesgesundheitskonferenz sein.

Gendermainstreaming, Genderbudget und Frauenförderung – Erfahrungen dieser Sen.Verw.

Weitere Themen, mit denen sich die Diskussion befasste, waren die Rolle, die Gendermainstreaming, Genderbudget und Frauenförderung im Gesamtbereich von Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz spielen. Prinzipiell gelte dabei für ihre Verwaltung, dass Frauenspezifische Belange wie bei anderen Senatsverwaltungen auch, nur sehr langsam umzusetzen seien. Erfolge versprächen dabei das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm und die Zusammenarbeit mit der Senats-Frauenverwaltung und mit der Geschäftsstelle für GM, die noch verstärkt werden solle.

Bei der Agenda 21 ist nach wie vor unter 74 Leitprojekten bisher nur ein Projekt aus dem Bereich Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz mit frauenpolitischem Anspruch enthalten, weitere Handlungsfelder sollen evaluiert werden.

Demographischer Wandel und Gender Zum Thema Demographischer Wandel und Gender, mit dem sich die Überparteiliche Fraueninitiative speziell seit der Konferenz 2007 besonders befasst, teilte die Senatorin mit, dass der Senat für die vier besonderen Handlungsfelder

(kreative und wirtschaftlich erfolgreiche Stadt, familien- und kinderfreundliche Stadt, weltoffene und soziale Stadt sowie Langes Leben in der Stadt) Konzepte erarbeite.

Vorsorgeuntersuchungen und Kinderschutz

Ein nächstes Thema war die Frage der Vorsorgeuntersuchung für Kinder. Berücksichtigt werden müsse bei deren Verbesserung, dass die Zahl der Untersuchungen von Kindern im Laufe der Monate abzunehmen pflege. Der Senatorin schwebt ein Neugeborenencreening vor, das auf einer gesetzlichen Regelung mit Beachtung des Datenschutzes beruhen solle. An dieser Regelung werde gearbeitet. Alle diese Fragen seien zudem zur Zeit Thema eines Runden Tisches „Kinderschutz“ bei ihrer Verwaltung.

Die landeseigene Ethikkommission und die Zulassung neuer Medikamente

Die Antwort auf die Frage, inwieweit die landeseigene Ethikkommission gender- und frauenspezifische Aspekte bei ihrer Prüf- und Zulassungstätigkeit für neue Medikamente berücksichtigt und Frauen in die Testphasen für Arzneiwirkstoffe einbezogen werden, wird von der Senatsverwaltung für Gesundheit an die Überparteiliche Fraueninitiative nachgereicht. Aber unbestritten sei eine geschlechterspezifische Medikamentierung notwendig. Die Sen. Verw. habe sich auch das Ziel gesetzt, eine gendergerechte Krebsvorsorge zu schaffen..

Zur Situation der Pflegeeinrichtungen

Ein weiterer Schwerpunkt der Fragen waren die Situation der Pflegeeinrichtungen, die zu 70 % (in 84 Pflegeheimen) von Frauen bewohnt sind : Auf die Frage, ob die Geschlechtersensibilität in die Fortbildung einbezogen wird, antworteten Wissenschaftlerinnen der Charite, dass in der Praxis wegen der bekannten Personalunterversorgung die Frage der Geschlechtersensibilität nur ein schöner Luxus sein könne. Zur Situation der Betreuung der Bevölkerung mit Arztpraxen verwies die Senatorin darauf, dass es ihr Anliegen sei, eine wohnortnahe ärztliche Betreuung in der ganzen Stadt zu sichern. Hier gäbe es bereits gravierende Unterschiede in den Bezirken.

Pflegestützpunkte

Mechthild Rawert, MdB, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages berichtete über die geplanten **Pflegestützpunkte**, von denen schon einzelne als Modelle tätig seien. In Berlin könnten ca. 50 solcher Stützpunkte ihre Arbeit aufnehmen.

Umweltpolitische Fragen

Bei der Diskussion umweltpolitischer Fragen wurde deutlich, dass bisher nicht bekannt ist, ob Frauen oder Männer umweltbewusster sind. Das wäre eine Studie wert.

Auf die Frage, wie die Senatorin zu dem von Vattenfall geplanten Kohlekraft-Werk stehe, wies Frau Lomscher darauf hin, dass Vattenfall bisher noch gar keinen Antrag gestellt hätte, so dass noch Zeit bliebe für eine strategische Umweltprüfung und für die Förderung von Alternativen wie z.B. den Ausbau von Wärmekraftkopplung.

Im Bereich Umwelt war die Sen. Verw. bisher mit der Einrichtung der Umweltzone für den Autoverkehr und mit der gesetzlichen Einführung des Nichtraucherschutzes sehr erfolgreich, obwohl beim Nichtraucherschutz noch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts ausstünde.

Fazit der Senatorin

Bei der ihr so wichtigen Gesundheitspolitik bedauerte die Senatorin als Fazit ihrer bisherigen Arbeit, dass der Senat wegen der Teilung der Zuständigkeiten mit den Bezirken und wegen des großen Einflusses der Krankenkassen und anderer Einrichtungen des Gesundheitssystems in seinen Handlungsmöglichkeiten begrenzt sei.

Das Fazit ihrer Situation, einzige Senatorin aus dem Osten zu sein, sah die Senatorin darin, dass sie dadurch krisenfester geworden sei.

Berlin, den 20. Juni 2008

Für das Protokoll : Gisela Vollradt